

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 94. Sitzung

am Donnerstag, dem 12. Juni 2008, 10 Uhr,
in Sitzungszimmer 142 des Landtages

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Hans-Jörn Arp (CDU)

Tobias Koch (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Dr. Heiner Garg (FDP)

i. V. von Wolfgang Kubicki

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Jens-Christian Magnussen (CDU)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Tragfähigkeit der Finanzen des Landes	5
Bericht der Landesregierung Drucksache 16/1865	
2. Einzelbetriebliche Investitionsförderung des Landes im Jahr 2007	7
Vorlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdrucke 16/3120, 16/3153, 16/3170	
3. Keitum Therme Sylt-Ost	8
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr interner Umdruck 16/3149	
4. Geplante Kooperation der Patentverwertungsagenturen von Hamburg und Schleswig-Holstein	9
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/3072	
5. Bericht des Wirtschaftsministers über den Erwerb von Gesellschaftsanteilen an der Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -baugesellschaft mbH (DEGES)	10
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/3206	
6. ÖPP-Modell Funktionsbauvertrag für die Grundinstandsetzung der Landesstraße L 192	11
Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr Umdruck 16/3154	

7. Auswirkungen der Steuerschätzung auf die Haushalte der Kommunen und Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen 13

hierzu: Umdrucke 16/3074, 16/3101, 16/3186

8. Information/Kennntnisnahme 14

Umdruck 16/3102 - Straßenbaumittel 2007

Umdruck 16/3104 - Haushaltsüberschreitungen

Umdruck 16/3150 - Bahnstrecke Niebüll-Tøndern

Umdruck 16/3151 - Jahresbericht 2007 des Landesbesoldungsamtes

Umdruck 16/3152 - Jahresbericht 2007 der JVA Lübeck

Umdruck 16/3183 - Fortschreibung von Haushaltsdaten

Umdruck 16/3184 - Ergebnisse der Anhörung zur Krippenfinanzierung

Umdruck 16/3185 - Jahresbericht 2007 des Landesarchivs

interner Umdruck 16/3182 - Vertrag mit der Katholischen Kirche

9. Verschiedenes 16

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Tragfähigkeit der Finanzen des Landes

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/1865

(überwiesen am 23. April 2008 an den Finanzausschuss, den Sozialausschuss, den Bildungsausschuss, den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Auf Initiative von Abg. Heinold bittet der Finanzausschuss die Landesregierung darzulegen, in welchen Bereichen und zu welchen Zeitpunkten wie viele Beschäftigte des Landes bis zum Jahr 2020 ausschieden.

P Dr. Altmann begrüßt den von der Landesregierung vorgelegten Bericht und erwartet von Landesregierung und Parlament, die Tragfähigkeit der Finanzen des Landes nicht nur durch Worte, sondern durch Taten mittel- und langfristig zu sichern und nicht durch zusätzliche Stellen, wie gerade von der Koalition für den Bildungsbereich beschlossen, zu konterkarieren. Wenn das Land finanzpolitisch und politisch handlungsfähig bleiben wolle, gebe es zu einem strikten Sparkurs und einer Begrenzung der Ausgaben keine Alternative. Andernfalls könnte der Bestand des Landes als eigenständige Gebietskörperschaft wegen finanzieller Handlungsunfähigkeit in Gefahr geraten. Hinsichtlich des Abbaus der alten Schulden könne Schleswig-Holstein nur dann die Solidarität reicherer Bundesländer und des Bundes erwarten, wenn das Land nicht länger neue Schulden und höhere Standards als andere Bundesländer aufbaue.

St Dr. Wulff macht darauf aufmerksam, dass die Landesregierung beschlossen habe, für die beiden nächsten Jahre einen verfassungsgemäßen Haushalt aufzustellen, und die Schnelligkeit der Verschuldung des Landes deutlich abgenommen habe.

Abg. Dr. Garg führt den Rückgang der Neuverschuldung auf höhere Steuereinnahmen zurück und vermisst strukturelle Veränderungen im Landeshaushalt.

Eine Frage von Abg. Heinold zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges beantwortet St Dr. Wulff dahin, man habe das Personal zur Bekämpfung des Umsatzsteuerbetruges deutlich erhöht und werde wie die anderen vier norddeutschen Bundesländer eine Servicestelle Steueraufsicht einrichten. Eine Harmonisierung insbesondere im Hinblick auf das europäische Recht scheine derzeit nicht durchsetzbar zu sein.

Im Einvernehmen mit den an der Beratung beteiligten Fachausschüssen empfiehlt der Finanzausschuss dem Landtag, den Bericht Drucksache 16/1865 zur Kenntnis zu nehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Einzelbetriebliche Investitionsförderung des Landes im Jahr 2007

Vorlagen des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdrucke 16/3120, 16/3153, 16/3170

Auf Fragen der Abgeordneten Dr. Garg und Astrup teilt Herr Behmenburg mit, die geförderten Unternehmen müssten nachweisen, die vereinbarten Arbeitsplätze mindestens fünf Jahre zu sichern. Die Angaben seien subventionserheblich und sanktionsbewehrt. Könnten Arbeitsplätze aufgrund von Umständen, die durch das Unternehmen selbst nicht zu vertreten seien, nicht gehalten werden, habe man das Ermessen, von Rückforderungen Abstand zu nehmen. Bei konjunkturellen Schwierigkeiten bestehe die Möglichkeit, das mit dem Unternehmen vereinbarte Arbeitsplatzziel für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren auszusetzen.

Abg. Astrup äußert sich kritisch zu einer staatlichen Förderung von Betriebsverlagerungen.

M Austermann macht darauf aufmerksam, dass sich die Wirtschaftsminister darauf verständigt hätten, Betriebsverlagerungen über Landesgrenzen nur dann fördern zu können, wenn mit der Verlagerung eine echte Kapazitätserweiterung verbunden sei.

Der Ausschuss will sich in der nächsten Sitzung näher mit den Ergebnissen der einzelbetrieblichen Investitionsförderung des Jahres 2007 befassen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Keitum Therme Sylt-Ost

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
interner Umdruck 16/3149

Nach der Mitteilung von M Austermann, dass das Wirtschaftsministerium am 13. Juni 2008 ein Gespräch mit der Gemeinde führen werde, kommt der Finanzausschuss überein, die Beratung in der nächsten Sitzung fortzusetzen.

Abg. Heinold möchte vom Wirtschaftsministerium wissen, ob und warum die zugesagte Förderung des Landes noch gerechtfertigt sei. Außerdem hält sie es für dringend notwendig, dass sich die Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden auf eine Bäderkonzeption verständige.

Die Abgeordneten Herdejürgen und Dr. Garg weisen darauf hin, dass Bau und Modernisierung der Bäder im Lande in den Entscheidungsbereich der Kommunen falle.

M Austermann macht deutlich, dass das Wirtschaftsministerium selbstverständlich vor jeder Förderung eines Bades dessen Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit sorgfältig geprüft habe. Aktuell gebe es einen Konflikt mit der Stadt Flensburg. In Keitum fördere das Land lediglich den Ersatz des alten, maroden Freibades.

AL Dr. Haass sagt zu, den Finanzausschuss über das in der Tourismusstrategie enthaltene Leitprojekt zur Verbesserung der touristischen Infrastruktur (Schwimmbädern, Edutainment-Einrichtungen) zu informieren, das vom Tourismusverband Schleswig-Holstein getragen werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Geplante Kooperation der Patentverwertungsagenturen von Hamburg und Schleswig-Holstein

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/3072

P Dr. Altmann begrüßt die Fusionsbemühungen und erwartet, dass die Frage des Zuschussbedarfes in den Verhandlungen eine wesentliche Rolle spiele.

M Austermann teilt die Zielsetzung des Rechnungshofs, dass sich die Einrichtung selbst tragen müsse. Die finanzielle Situation dürfe sich durch eine Fusion nicht verschlechtern.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht des Wissenschaftsministeriums zur Kenntnis und erwartet, über die Thematik auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht des Wirtschaftsministers über den Erwerb von Gesellschaftsanteilen an der Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -baugesellschaft mbH (DEGES)

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/3206

Der Ausschuss nimmt die Vorlage des Verkehrsministers zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

ÖPP-Modell Funktionsbauvertrag für die Grundinstandsetzung der Landesstraße L 192

Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr
Umdruck 16/3154

M Austermann führt kurz in die Vorlage ein, mit der zum ersten Mal ein ÖPP-Vorhaben im Straßenbau realisiert werden solle, das nach einer vorläufigen Wirtschaftlichkeitsuntersuchung der Investitionsbank gegenüber der konventionellen Finanzierung Kostenvorteile von 3,5 % generieren könne.

Der Vorsitzende erwartet, dass die mit dem Projekt verbundenen Kosten vollständig aus dem Haushalt des Wirtschaftsministeriums beglichen würden.

M Austermann stellt klar, dass Schadensersatzansprüche nur für den Fall geltend gemacht werden könnten, dass das Parlament trotz Nachweis der Wirtschaftlichkeit im Vergabeverfahren die haushaltsrechtliche Grundlage mit dem Haushalt 2009/2010 nicht schaffe. Wenn die Wirtschaftlichkeit nicht gegeben sei, könnten die Bieter keine finanziellen Ansprüche erheben. Der private Betreiber müsse dem Land die Straße nach 30 Jahren in gutem Zustand zurückgeben. Das wirtschaftliche Risiko liege in dieser Zeit grundsätzlich beim privaten Betreiber.

Die Abgeordneten Herdejürgen und Spoorendonk legen Wert darauf, dass Kostensteigerungen und zusätzliche Betriebskosten während der Laufzeit des Vertrages vom privaten Betreiber getragen würden und nicht auf das Land zurückfielen.

Abg. Heinold äußert, sie habe Probleme damit, dass das Land eine Belastung von 30 Millionen € für die nächsten 30 Jahre eingehe.

St Dr. Wulff sagt zu, die Finanzierung des ÖPP-Projekts im Haushalt 2009/2010 transparent darzustellen.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt der Finanzausschuss dem Beginn der Ausschreibung im Jahr 2008 zu. Wenn die Aus-

schreibungsergebnisse vorliegen, wird der Finanzausschuss auf der Grundlage der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung über die Vergabe entscheiden.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Auswirkungen der Steuerschätzung auf die Haushalte der Kommunen
und Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen**

hierzu: Umdrucke 16/3074, 16/3101, 16/3186

(s. 92. Finanzausschusssitzung am 15. Mai 2008)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen der Landesregierung ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Information/Kennntnisnahme

Umdruck 16/3102 - Straßenbaumittel 2007
Umdruck 16/3104 - Haushaltsüberschreitungen
Umdruck 16/3150 - Bahnstrecke Niebüll-Tøndern
Umdruck 16/3151 - Jahresbericht 2007 des Landesbesoldungsamtes
Umdruck 16/3152 - Jahresbericht 2007 der JVA Lübeck
Umdruck 16/3183 - Fortschreibung von Haushaltsdaten
Umdruck 16/3184 - Ergebnisse der Anhörung zur Krippenfinanzierung
Umdruck 16/3185 - Jahresbericht 2007 des Landesarchivs
interner Umdruck 16/3182 - Vertrag mit der Katholischen Kirche

Der Ausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

Bei Umdruck 16/3104 - **Haushaltsüberschreitungen** - unterstützt der Finanzausschuss das Finanzministerium, bei ungenehmigten Haushaltsüberschreitungen Sanktionen gegen das betreffende Ministerium auszusprechen.

Bei Umdruck 16/3151 - **Jahresbericht 2007 des Landesbesoldungsamtes** - bemängelt VP Dopp, dass die Kosten von Serviceleistungen, die das Landesbesoldungsamt für Dritte erbringe, nicht nachvollziehbar seien.

St Wulff sagt eine entsprechende Ergänzung des Berichts zu. Vor dem Hintergrund der Umsetzung des Personalkosteneinsparkonzepts sei man im Moment nicht unglücklich darüber, Aufträge Dritter akquirieren zu können.

Abg. Sauter begrüßt, dass der nicht variable Personalbestand zur Annahme von Aufträgen von Dritten und damit von Einnahmen genutzt werde. Nach Realisierung der nach dem Personalkosteneinsparkonzept vorgegebenen Abgänge dürften Aufträge Dritter nur noch unter Vollkostengesichtspunkten wahrgenommen werden.

Der Finanzausschuss legt Wert darauf, den jährlichen **Bericht des Finanzministeriums zur Fortschreibung von Haushaltsdaten** (Umdruck 16/3183) wie bisher in schriftlicher Form vorgelegt zu bekommen.

Der Finanzausschuss erwartet, von der Landesregierung in Sachen **Krippenfinanzierung** (Umdruck 16/3184) auf dem Laufenden gehalten zu werden.

Bei Umdruck 16/3182 - **Vertrag zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Land Schleswig-Holstein** - erinnert P Dr. Altmann an das Votum des Finanzausschusses, mit der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche Verhandlungen zur Anpassung des Schleswig-Holsteinischen Kirchenvertrags an die seit 1957 veränderten Verhältnisse aufzunehmen. Der Finanzausschuss sollte darauf achten, dass sich seine Position im Vertrag mit der Katholischen Kirche wiederfinde, und zumindest eine Befristung vornehmen.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Verschiedenes

- a) Der Vorsitzende bittet die Landesregierung, dem Finanzausschuss den Jahresbericht des **Schleswig-Holstein Musik Festivals 2007** vorzulegen.
- b) Der Vorsitzende wiederholt seine Bitte, den Finanzausschuss über die finanziellen **Auswirkungen des Unterhaltsvorschussgesetzes** zu informieren.
- c) Zur Höhe und Entwicklung der Entschädigungen bei Tätigkeit im **Außendienst in der Steuerverwaltung** führt St Dr. Wulff aus, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Außendienst in der Steuerverwaltung würden für die Reisetätigkeit verwaltungseigene Dienstfahrzeuge oder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten Leasing-Dienstfahrzeuge zur Verfügung gestellt. Für den Einsatz eines privateigenen Kraftfahrzeuges betrage die Wegstreckenentschädigung seit Änderung des Reisekostenrechts ab 1. September 2005 je gefahrenen Kilometer 0,30 €. Sachschadenshaftung werde gewährt.

Zu der Höhe der aufgewendeten Fahrkostenentschädigungen bei Nutzung von privateigenen Kraftfahrzeugen stünden dem Finanzministerium keine Aufzeichnungen zur Verfügung. Die Ausgaben würden ab 1. September 2005 mit anderen Reisekosten zusammen bei Titel 0505-527 01 gebucht. Die verausgabten Beträge müssten für nähere Erkenntnisse von den Finanzämtern aus der Fehlzeit der einzelnen Reisekostenrechnungen herausgesucht und zusammengestellt werden. Wegen des damit verbundenen erheblichen Zeitaufwandes habe man davon Abstand genommen.

Die Ausgaben für Reisekosten bei den Finanzämtern hätten sich wie folgt entwickelt: Im Haushaltsjahr 2005 1.025.000 €, Haushaltsjahr 2006 973.9000 €, Haushaltsjahr 2007 745.100 €.

Ab Ende 2006 würden aus wirtschaftlichen Gründen zunehmend Leasing-Dienstfahrzeuge im Steueraußendienst bei den Finanzämtern eingesetzt anstelle von privateigenen Kraftfahrzeugen. Infolge dessen würden Ausgaben für Reisekosten (Wegstreckenentschädigung) eingespart. Weitere Einsparungen ergäben sich seit 1. Januar 2007 aus dem Wegfall des Tagegeldes in Höhe von 6 € bei Dienstreisen von über 8 Stunden. Diese Regelung stehe innerhalb der Regierung derzeit auf dem Prüfstand.

d) St Dr. Wulff teilt mit, an den von Nordrhein-Westfalen und vom Bund zu tragenden Kosten des Ankaufs der so genannten Liechtenstein-CD würden die anderen Bundesländer derzeit nicht beteiligt. Laut Presseinformationen seien in der sogenannten **Liechtenstein-Affäre** ab Mai 2008 bundesweit weitere Durchsuchungen geplant. Insgesamt solle es sich um bis zu 200 weitere Fälle von Steuerhinterziehung handeln. In Schleswig-Holstein sei ein entsprechender Fall bekannt, in dem die Steuerfahndung Schleswig-Holstein im Rahmen der sogenannten zweiten Welle um Amtshilfe bei einer geplanten Durchsuchung gebeten worden sei.

Für Schleswig-Holstein ergäben sich bisher folgende Zahlen: neun Durchsuchungen mit Beteiligung der Steuerfahndung Schleswig-Holstein, 16 Selbstanzeigen und Abschlagszahlungen in Höhe von 4,5 Millionen €.

e) St Dr. Wulff berichtet, gestern habe der Koalitionsausschuss beschlossen, die den Ländern zustehende **Kfz-Steuer** zum 1. Januar 2010 auf den Bund zu übertragen. Die Länder erhielten zum Ausgleich für den Einnahmeausfall einen Festbetrag von 8,9 Milliarden €. Man gehe davon aus, dass die Länder die Aufgabe im Auftrag des Bundes weiter wahrnehmen und die entsprechenden Kosten vom Bund erstattet bekämen. Ziel des schleswig-holsteinischen Finanzministers bleibe es, die Kfz-Steuer gänzlich abzuschaffen und mit der Mineralölsteuer zusammenzulegen, um nicht unerheblichen Verwaltungsaufwand zu sparen und zu einer verursachergerechteren Steuerverteilung zu kommen.

Der Finanzausschuss unterstützt die Position des schleswig-holsteinischen Finanzministers. Er erwartet, dass die Verwaltungskosten vom Bund vollständig erstattet werden und das mit der Aufgabe betraute Personal durch die Aufgabenübertragung auf den Bund nicht mehr, sondern eher weniger wird.

Der Vorsitzende, Abg. Neugebauer, schließt die Sitzung um 11:45 Uhr.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer